

Freiwilliger Polizeidienst in Frankfurt /M. ist bald Geschichte Prestigemodell der Landesregierung in der Mainmetropole beendet

Wiesbaden, 27. Sept. 2021

Nachdem sich die Stadtregierung in Frankfurt am Main konstituiert hat, wurden erste Entscheidungen, nicht nur in personellen Bereichen, getroffen.

Mehr als 20 Jahre diente der Freiwillige Polizeidienst als Prestigemodell der hessischen Landesregierung. Nach dem erfolgten Beschluss der Stadtgremien in Frankfurt am Main ist dies in der Mainmetropole „Geschichte“.

Die GdP Hessen hatte von Beginn an den eingeschlagenen Weg der Landesregierung abgelehnt.

Verwundert nimmt man in Hessens größtem Polizeipräsidium zu Kenntnis, dass die Stadtregierung den im Koalitionsvertrag manifestierten und beschriebenen Weg einschlägt.

Zuletzt waren nach vorliegenden Informationen in Frankfurt am Main noch 37 ehrenamtliche Polizeihelfer unterwegs. 27 weitere sollten noch gewonnen werden. Zum Jahresende werden dann die Arbeitsverträge, die durch das Polizeipräsidium Frankfurt geschlossen waren, nach der Einhaltung der Kündigungsfrist auslaufen.

Dazu der Landesvorsitzende Mohrherr: „Gerade heute ist der Freiwillige Polizeidienst von den Kassenlagen der Kommunen und der jeweiligen kommunalen Regierungskonstellationen abhängig. Wir bezweifelten von Beginn an, dass die Hilfspolizisten „die objektive und subjektive Sicherheit“ verbessert haben. Dies ist natürlich auch der kurzen Ausbildung geschuldet: in Hessen absolvieren die Ehrenamtlichen ein fünfzigstündiges Training. Sie lernen Gesetze und Verwaltungsvorschriften kennen und absolvieren ein Sicherheitstraining. Reicht das? Wir sind der Meinung, dass Bürger*innen ein Recht auf voll ausgebildete Beamt*Innen haben. Wir greifen schließlich in Grundrechte ein.“

Mohrherr abschließend: „Freiwillige Helfer verbessern weder die objektive noch die subjektive Sicherheit. Angesichts steigender Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamt*innen ist ihr Einsatz nicht sinnvoll.“

Alle Kommunen in Hessen, in denen derzeit der Freiwillige Polizeidienst eingesetzt wird, entscheidet über deren Verbleib hauptsächlich die „Sicht der Stadtkämmerer“.

Denn während die Tätigkeit beim Freiwilligen Polizeidienst mit sieben Euro pro Stunde honoriert werde, gehen die anderen dringend gesuchten Bürger*innen, beispielsweise bei den Freiwilligen Feuerwehren „leer aus“.

Abschließend muss die Landesregierung endlich erkennen, dass die vorherrschende Personalmissere in den Basisdienststellen bei der hess. Polizei endlich durch personelle Verstärkungen nachhaltig begegnet muss!



**Gewerkschaft
der Polizei**